



Offizielles Organ des Central-Verbandes Deutscher Brauer.

Erscheint jeden Sonnabend. — Abonnement bei direkter Zusendung unter Kreuzband: für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 1.50 Mark, für das Ausland 2 Mark, pro Quartal. Inserate die fünfgespaltene Petitzeile 20 Pfg. — Redaktion: Richard Wiehle, Linden-Gannover, Nieschlagstraße 23. Sämmtliche Briefe sowie Geldsendungen sind zu adressiren: R. Wiehle, Linden-Gannover, Nieschlagstraße 23. Postzeitungsliste: Nr. 1526 a.

Nr. 51. Hannover, den 17. Dezember 1892. 2. Jahrgang.

Bekanntmachung.

Zu Anfang des Jahres 1887 haben die Unterzeichneten im Verein mit Herrn B. Kuzen es unternommen, zur Lösung der Altersversicherungfrage innerhalb des Braugewerbes die Ansammlung eines Fonds in Anregung zu bringen.

Wenn schon dieser Gedanke in den beteiligten Kreisen Anklang fand und in dankenswerther Bereitwilligkeit Beiträge gesendet wurden und wenn schon die Verwirklichung des Projekts auch Seitens des Allgemeinen Brauer-Verbandes Unterstützung fand, so sehen die Unterzeichneten, welche die alleinigen Träger des Unternehmens gewesen sind, sich doch genöthigt, die Weiterverfolgung desselben aufzugeben. Maßgebend für diesen Entschluß war hauptsächlich die Erfahrung, daß die Unterstützungen geringere wurden, als die reichsgesetzliche Altersversorgung eingeführt wurde.

Im Einverständnis mit dem Vorstande des Central-Verbandes Deutscher Brauer haben die Unterzeichneten daher beschlossen, die angesammelten Gelder nebst Zinsen nach Abzug der Verwaltungskosten an die betreffenden Spender zurückzugeben.

Die Rückzahlung soll in der Zeit vom 15. Januar bis zum 1. April 1893 durch den mitunterzeichneten D. König, Leipzig, Vereinsbrauerei, erfolgen.

Alle diejenigen, welche Beiträge zu den Altersversorgungsfonds gewährt haben, werden daher ersucht, ihre Ansprüche rechtzeitig geltend zu machen.

Bezüglich derjenigen Herren, welche ihre Beiträge nicht reklamiren, nehmen wir an, daß sie die eingezahlten Gelder der Lokalkasse des Brauervereins von Leipzig und Umgegend zur Unterstützung für in Noth gerathene Kollegen überlassen.

Am 1. April 1893 werden die Unterzeichneten daher die nicht erhobenen Beträge der bezeichneten Lokalkasse ausständig.

Den edlen Spendern, welche bereits so gütig waren, uns zur Verwendung ihrer Beiträge zu ermächtigen, sowie allen denjenigen, welche ein Gleiches thun werden, sprechen wir hiermit den verbindlichsten Dank aus.

Leipzig, den 12. Dezember 1892. D. König. Carl Rosbach.

Die Debatte über das Genossenschaftswesen, den Boykott und die Kontrollschugmarke

Am 4. Verhandlungstage des sozialdemokratischen Parteitages behandelte ein so wichtiges Thema und gestaltete sich bedeutend genug, um darüber an dieser Stelle eingehender zu berichten.

Zunächst äußerte sich Auer zu der von ihm eingebrachten Resolution folgendermaßen:

Dem Genossenschaftswesen, dem Boykott und der Kontrollschugmarke ist es gemein, daß sie nichts spezifisch Sozialistisches sind. In der Stellung der Partei zum Genossenschaftswesen hat sich seit den Tagen Lassalle's nichts geändert. Die Hoffnung, daß es auf dem Wege des Genossenschaftswesens möglich sei, die Ziele der Partei zu erreichen, kam nur von einem Manne gehegt werden, der das Programm der Partei nicht kennt. Dieser Standpunkt muß für alle Zeiten beibehalten werden. Laugen andere Anschauungen auf, und sie sind in den Kreisen der Genossen

aufgetaucht, so beweist das nur, daß die Genossen sich im Unklaren über das Wesen und die Aufgaben der Sozialdemokratie befinden. Die Gründe, die zur Bildung von Genossenschaften durch die Genossen führen können, sind verschiedener Art. Einmal geschieht es, weil die gemäßigten Arbeiter in ihrem Beruf keine Beschäftigung fanden. So bei den Zigarrenarbeitern in Hamburg und Mannheim, den Bäckern in Berlin, den Schuhmachern in Erfurt u. s. w. Die Arbeiter wurden verfolgt, mit der Hungerpeitsche für die Wahrung ihrer Interessen bestraft, und zur Genossenschaftsbildung gedrängt. Daher die Sympathien der Genossen für die Genossenschaften. Von Sympathien allein kann aber kein Geschäft bestehen. Es bleibt ein gewagtes Unternehmen, solche Genossenschaften zu bilden. Sie müssen produziren nach den Bedingungen der kapitalistischen Gesellschaft. Die erste Bedingung ist ein großes Betriebskapital. Wie soll das zusammenkommen? Die gemäßigten Arbeiter haben meistens den letzten Pfennig zugelegt, bevor sie zur Genossenschaft zusammentreten. Diese Sammlung von Habenichtsen wirkt ihren Nichtbesitz zusammen, und auf Grund dieses Nichtbesitzes soll das Geschäft begonnen werden. Wäre nicht der Idealismus und der Hungerzwang so groß, die Geschäfte müßten von vornherein aufgegeben werden. So gerathen sie in der Regel in die Schuldnereckschaft irgend eines Kapitalisten, der gegen hohen Zins Betriebskapital vorschickt. Diese Genossenschaften stehen im Konkurrenzkampfe mit den mächtigen kapitalkräftigen Privatunternehmungen. Nicht bloß Betriebskapital, auch die notwendigen kaufmännischen Kenntnisse vom Geschäft gehören zum geschäftlichen Erfolg. Und wie häufig fehlen die. Die Genossenschaft darf die Ausbeutungscrupellosigkeit des Privatunternehmers nicht theilen. Ueberall ist sie im Nachtheil: Daher die unangenehmen Erfahrungen, die man in der ersten Zeit mit den Hamburger und Berliner Bäckereigenossenschaften gemacht hat, und welche die Frage nahe legen: soll man den Arbeitern nicht lieber von der Gründung von Genossenschaften abrathen? Vertheidigt wird das Genossenschaftswesen als Stütze für die Agitation. Die gemäßigten Genossen, die ja in der Regel die besten sind, dürfen für die Agitation nicht verloren gehen, sondern sollen untergebracht werden. Gegen Genossenschaften, die sich aus diesem Grunde gebildet haben, wird sich nicht viel sagen lassen. Nur die Frage, ob sie praktisch sind, ist nicht ohne weiteres zu bejahen. Doch das abzuwägen ist Sache des Einzelnen.

Man hat die Genossenschaften auch damit vertheidigt, daß man sie als Schulen für die Produktionsleiter der Zukunft bezeichniet hat.

Wenn der Zukunftsstaat aber kein anderes Material zur Verfügung hat, als das, welches uns in den Genossenschaften vorgebildet wird, dann können wir unsere Hoffnung auf ihn nur ruhig aufgeben. Die bürgerliche Gesellschaft selber bildet das leitende Personal heran. Die Niesenunternehmungen eines Krupp leisten hierin bessere Dienste, als die Erfahrungen, die einer kleinen Genossenschaft gemacht werden können.

Zum Boykott übergehend, betont Redner, daß wir nach dem Rechte des Boykotts nicht zu fragen haben. Wir gebrauchen das Kampfmittel des Boykotts, wenn wir es für nöthig halten. Daß wir den Boykott bis jetzt wenig gebraucht haben, liegt daran, daß wir noch nicht die genügende Macht hatten. Der Boykott sei dieselbe zweischneidige Waffe, wie der Streik. Der Unterschied sei nur

der, daß letzterer sich auf bestimmte Berufskreise beschränkt, nur innerhalb einer Gewerkschaft zwischen Unternehmern und Arbeitern tobt. Der Boykott dagegen geht weit über den Rahmen des Streiks hinaus. Er wendet sich an große Massen der Konsumenten und setzt für den Erfolg voraus, daß diese Massen von der Nützlichkeit und Nothwendigkeit des Kampfes überzeugt sind. Er kann nur dann von Nutzen sein, wenn es sich bei dem Kampf um Fragen handelt, die der breiten Masse nahe gehen, die ihr tiefstes Interesse wach rufen. Dies war der Fall in Berlin bei dem Boykott gegen die Wirths, die ihre Säle nicht zu Versammlungen hergaben. Hier war die Versammlungsfreiheit in Gefahr, hier mußte ein Unrecht gebrochen werden. Kommen ähnliche Interessen in Frage, dann wird der Sieg sicher sein. Der Boykott kann überhaupt nur bei einzelnen Berufen in Frage kommen, in denen die Arbeiter Hauptkonsumenten sind. Die Hilfe der Arbeiter anzusuchen, zum Boykott aufzufordern bei kleinen Differenzen zwischen Arbeitern und Unternehmern, dem muß ganz energisch entgegengetreten werden, wie dem, daß jede kleine Versammlung den Boykott erklärt. Den haben nur die Vertreter der organisirten Arbeiterschaft zu proklamiren. Daran sei festzuhalten. Unter keinen Umständen aber dürfe der Boykott benutzt werden, um die politische Gesinnung zu bestrafen. Wir haben nach dem Grundsatz hierbei zu handeln: „Was du nicht willst, das man dir thu“, das füg' auch keinem Andern zu.“ (Bravo!) Wir haben stets für die Freiheit der Ueberzeugung gekämpft und würden uns sonst selbst ins Gesicht schlagen. Redner behandelte nun das Wesen der Kontrollmarke. Er habe, so führt er aus, Anschauungen über den Zweck der Kontrollmarke von berufenen Vertretern des Markenystems gehört. Unsichten, die nicht die seinen seien. Ja, er habe gedruckte offizielle Kundgebungen dieser Vertreter zur Hand und beziehe sich auf eine den Delegirten vorliegende Brochure: „Die Kontrollmarke und ihre Bedeutung für die Arbeiterschaft“, sowie auf ein Flugblatt der Textilarbeiter. In diesen Auslassungen ist die Ansicht niedergelegt, daß der Streik nichts mehr helfen könne und als unzeitgemäß in die Kustkammer gehöre. Auch auf dem Halberstädter Kongreß ist gesagt worden, der Streik verliere an Werth. Diese Urtheile resultiren wohl aus dem Mißerfolge der letzten großen Lohnkämpfe. Aus diesen Mißerfolgen aber die Werthlosigkeit des Streiks herleiten könne nur, wer über die Ursachen der Niederlagen nicht klar sei. Die Ursache sei nur die augenblickliche wirtschaftliche Depression. In solchen Zeiten habe kein Streik Siegeschancen, wenn er auch geführt wird von einer noch so opferreudigen und gutorganisirten Arbeiterschaft, wie es die Hamburg-Altonaer Tabakarbeiter waren. Die Tabakarbeiter waren von den Unternehmern ausgeperrt, wir hatten ihnen gerathen, sich den Bedingungen zu unterwerfen, da Aussicht auf Sieg nicht vorhanden sei. Sie kämpften mit einem bewunderungswürdigen Heroismus und man könne den Tabakarbeitern vielleicht nur den Vorwurf machen — wenn man ihnen überhaupt einen Vorwurf machen wolle — daß sie den Streik bis zum Weißbluten fortgesetzt haben. Auch der Buchdruckerstreik sei in einer Zeit des wirtschaftlichen Niederganges begonnen worden und mußte daran scheitern. Ihm (Redner) sei das von vornherein zweifellos gewesen. Die halbe Million in der Buchdruckerklasse bedeute nichts gegenüber den Millionen, über die die Unternehmer verfügen. Der Streik gehört nicht in die Kumpfkammer und die Verfasser der Notiz in der Brochure: „Die Kontrollmarke“ werden eine Ueberzeugung erleben, wenn die Produktion sich wieder in auf-

## Korrespondenzen.

steigender Linie bewegt, wenn die wirtschaftliche Krise vorüber ist und wir wieder eine Zeit der Prosperität haben.

Die Kontrollmarke soll die Möglichkeit geben, Einfluß auf den Konsum auszuüben. Man glaubt dies dadurch zu erreichen, daß man unter den Unternehmern eine scharfe Konkurrenz entfacht. Die Schutzmarke wird dies nicht erreichen können, weil das Gebiet, auf welches sie Anwendung finden kann, ein viel zu beschränktes ist. So ist die Landwirtschaft, das Exportgewerbe, das Brauergewerbe, der Bergbau u. s. w. von vornherein ganz davon ausgeschlossen, Gebrauch von der Kontrollmarke zu machen. Nicht hintenanzusehen ist auch der Einwurf, daß die Schutzmarke die Waaren verteuere. Wenn wirklich der eine Theil einen kleinen Vortheil erreiche, so bringe der andere Theil das Opfer. Beim Streit könnten alle kämpfenden den Vortheil genießen, bei der Kontrollmarke nur ein Theil, während der größere Theil opfere. So ist also auch nach dieser Richtung hin die Ansicht eine irrige, daß die Kontrollmarke den Streit erregen könne.

Sie hat die Aufgabe, dann, wenn der Streit und der Boykott einen Erfolg erringen haben, gleichsam den Stempel darauf zu drücken. Sie setzt eine treffliche Organisation der Gewerkschaften voraus. Einen Erfolg hat die Schutzmarke nur dann aufzuweisen, wenn eine gute Organisation besteht, wie bei den Hutmachern. So ist sie gleichsam der Ausdrück für einen Erfolg, der möglich geworden ist, indem eine gewisse Verständigung zwischen Arbeit und Kapital erfolgt ist. Sie ist keine sozialdemokratische Erfindung, sie gehört nur auf gewerkschaftliches Gebiet. Die Arbeiter der gewerkschaftlichen Berufe haben deshalb die Aufgabe, sich möglichst gut zu organisieren, dann haben sie das Recht, die Schutzmarke einzuführen.

Gegen den Versuch, die Kontrollmarke im Kellnergewerbe einzuführen, muß indeß energisch protestiert werden. Sie würde dort die Kellner zum Eintritt in die Organisation veranlassen im Hinblick auf zu erwartende Trinkgelder. Für Leute, die sich aber nur durch solche Motive zum Eintritt in die Organisation bewegen lassen, müsse sich jede Organisation bedanken.

Nach diesen mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausführungen wird die Sitzung geschlossen und die Verhandlungen werden in einer um 8<sup>1/2</sup> Uhr eröffneten Abendstimmung wieder aufgenommen.

Legien beantragte folgende Resolution:

„Da eine Garantie für die richtige Anwendung des Genossenschaftswesens, des Boykotts und der Schutzmarke nur durch eine starke gewerkschaftliche Organisation gegeben wird, so erklärt der Parteitag es als Pflicht eines jeden Genossen, der für seinen Beruf am Orte bestehenden Gewerkschaftsorganisation anzugehören, und sich deren Beschlüssen, so weit sie den gewerkschaftlichen Boden nicht verlassen und keine Verletzung der Parteiprinzipien enthalten, zu fügen.“

Der Parteitag befürchtet nicht, daß die Organisation, welche die Gewerkschaften sich auf dem Halberstädter Kongress gegeben haben, dahin führen könnte, daß der sozialdemokratischen Partei Kämpfer oder finanzielle Mittel entgegen werden, erweist vielmehr an, daß auch in diesen Gewerkschaften die für den Klassenkampf erforderliche Erziehung des Proletariats erfolgt.“

H. Hug und C. Legien beantragen, dem Absatz 2 der Auerischen Resolution über das Genossenschaftswesen folgende Fassung zu geben:

„Im Uebrigen haben die Parteigenossen der Gründung solcher Genossenschaften entgegenzutreten, durch welche der Glaube erweckt werden soll, daß Genossenschaften im Stande seien, die kapitalistischen Produktionsverhältnisse zu beeinflussen, die Klassenlage der Arbeiter zu heben, den politischen und gewerkschaftlichen Klassenkampf der Arbeiter zu befeitigen oder auch nur zu mildern.“ (Schluß folgt.)

**Altenburg.** Nach längerer Pause fand am Montag, den 5. Dezember, in unserem Verkehrslokale, Gasthof „Zum Rautenkranz“, eine Versammlung statt. Kollege Hüperl aus Berlin referirte über das Thema: „Zweck und Nutzen eines Arbeitsnachweises“ und die Lage der Brauer im Allgemeinen“ wie folgt: Da durch die heutigen wirtschaftlichen Verhältnisse die Arbeitslosigkeit und die Nachfrage nach Arbeit eine immer größere werde, beruhten die Unternehmer dies und stellten meistens bloß jüngere Kollegen ein, einestheils weil dieselben noch über ihre volle jugendliche Kraft verfügten, andernteils, weil sie sich auch williger ausbeuten und kochen ließen. Deshalb müsse ein jeder Kollege mit Bangen in die Zukunft sehen und sich fragen, wie dieses Uebel zu beseitigen sei. Wir könnten dasselbe abschwächen, wenn wir uns alle dem Verbands angeschlossen und uns auch dann den Arbeitsnachweis erringen. Der Anfang sei auch bei uns gemacht seit der Berliner Bewegung. 1890 hätten wir einen Arbeitsnachweis eingeführt und seien bei der Mälzerei-Campagne 250 Kollegen durch denselben eingestellt worden. Was die Lage der Brauer im allgemeinen betrifft, so sei sie durchweg eine der schlechtesten von allen anderen Gewerben, ausschließlich da, wo wir durch den Verband eine Verbesserung herbeigeführt haben. Da durch die lange Arbeitszeit und den Temperaturwechsel der frühzeitige Ruin vieler Kollegen herbeigeführt werde, könnten solche Kollegen mit der Arbeit dann nicht mehr so fort und werden einfach auf's Pflaster geworfen. Auch sei die Behandlung durchweg eine schlechte, es würde den Hilfsarbeitern in unserem Gewerbe meist eine geregelte Arbeitszeit und bessere Behandlung zu Theil. Das Unternehmertum lege gewöhnlich mehr Sorgfalt auf das Vieh, als auf die Brauer; natürlich, die Pferde kosteten Geld, und ein Brauer, der sich ruinirt, kostet nichts, denn zehn andere sind da, wenn einer geht, auch ist wirklich kein großer Unterschied zwischen uns und einem schwarzen Sklaven. So muß doch ein jeder denkende Kollege zu der Ueberzeugung kommen, daß dieser Ausbeutung Einhalt gethan werden muß, und dieses können wir nur erreichen durch Anschluß an unsere Organisation. (Beifall.) Hierauf wurde zur Wahl der Vorstandsmitglieder geschritten und nahmen auch alle Gewählten ihr Amt an. Zum letzten Punkt: „Aufnahme neuer Mitglieder“, ließen sich mit Ausnahme weniger alle in den Verband annehmen.

Aus dieser Versammlung war deutlich zu sehen, daß alle Agitation gegen unseren Verband nur Agitation für uns ist. Wir streben danach, eine Verbesserung der Lage der Brauergeliebten herbeizuführen und die „humanen“ Braumeister thun das Gegentheil. Nur so weiter, es werden auch die Kollegen, welche glauben, mehr zu sein als andere Arbeiter, noch zur Einsicht kommen, daß einzig und allein durch Anschluß an die Arbeiterchaft eine Verbesserung unserer traurigen Lage herbeizuführen ist.

**Aus Dresden** geht uns von dem gemäßregelten Kollegen C. R. folgendes Schreiben zu:

„Hierdurch den Mitgliedern des Zweigvereins Braunschweig meinen besten Dank für das mir in so hohem Maße gezeigte Vertrauen, welches ich als Vorsitzender genossen habe. Ich glaube nach bestem Wissen und Willen dieses Amt zum Wohle der Braunschweiger Kollegen geleitet zu haben. Ebenfalls meinen besten Dank dem Kollegen M. für den mir in vorletzter Nummer im Namen sämtlicher Mitglieder des Zweigvereins dargebrachten Nachruf. Mögen die Kollegen sich ebenfalls nicht abschrecken lassen, fest und treu zum Verband zu halten, im Gegentheil stärker und fester die Einigkeit schließen, denn nur Einigkeit führt zum Ziele. Ich wünsche noch dem Zweigverein Braunschweig ein ferneres Blühen und Ge-

deihen und dem neuen Vorstände Muth und Kraft, den Verein stets zum Besten und Guten und zum Wohle der Gesamtheit zu leiten.“

**Fürth.** Der Boykott über die Brauerei Evora dauert unverändert fort. Wie die bürgerliche und namentlich die auch Arbeiter-Interessen vertretenden Presse sich äußert, ersehen wir aus Nachstehendem:

Der „Fränkische Kurier“, der Evora bis in die jüngsten Tage tödlich haßte, der eine Woche zuvor sich noch darüber beschwerte, daß man Evora in der Streitsache so schonend behandle, hat, wie auf Commando, Frontwechsel gemacht und schimpft auf die Sozialdemokraten. Das „Fürther Tagblatt“ macht krampfhaft Anstrengungen, zu beweisen, daß nicht Evora, sondern die Arbeiter den Kampf gewollt hätten, daß die gemäßregelten Arbeiter aus „geschäftlichen Rücksichten“ entlassen wurden, daß alle Unternehmer „von den Arbeitern herausgefordert“ würden und wie die Phrasen des unter Ausschluß der Öffentlichkeit erscheinenden Organs für politische Seitwärtler noch heißen. Herr Evora hat seinen Volksverein mobilisiert, der täglich mit aller verfügbaren Mannschaft ausrückt und im Dienste dieser „guten Sache“ solenne Kneipereien veranstaltet. Herr Evora scheint sich zum Volksredner ausbilden zu wollen, er hält in allen Wirtschaftskreisen zündende Ansprachen und feuert seine Truppen zum Kampfe an. Kurz und gut, es gewinnt den Anschein, als ob Herr Evora ein Plebiszit für sich veranstalten wollte. Dabei werden allerlei Mittheilungen in die Presse lancirt. Danach verbraucht Evora jetzt mehr Bier als vor dem Boykott; nicht nur „die ganze Bürgerschaft, sondern auch die besonnenen Arbeiter“ ständen auf seiner Seite; die Sozialdemokratie wird durch den Boykott gespalten und noch mehr des Unsinns. Entweder: Herr Evora leidet an einer heftigen Selbsttäuschung, oder er will dem Publikum Sand in die Augen streuen. Thatsache ist, daß der Boykott ganz systematisch durchgeführt wird und jetzt schon Herrn Evora ganz erheblichen Schaden verursacht hat, einen Schaden, den selbst der kapitalträchtigste Unternehmer für die Dauer nicht ertragen kann. Wäre dem nicht so, dann würde man nicht alle möglichen Manipulationen machen, wie Färben des Bieres, Verabreichung in Flaschen anderer Brauereien, um die Biertrinker zu täuschen.

Zu allen Niederlagen, die Herr Evora bis jetzt erlitten, ist eine neue gekommen, die auch dem verböhrtesten Evoranianer die Augen öffnen wird. Vergangenen Freitag hat in Nürnberg das Schiedsgericht des Brauerverbandes getagt, wo festgesetzt wurde, daß keiner von den entlassenen Brauereimännern Herrn Evora absichtlich geschädigt hat. Das Pressbureau des Herrn Evora hat diese Thatsache so amgemünzt, daß man annehmen muß, das Schiedsgericht habe die Ueberzeugung gewonnen, bei den Entlassungen seien nur geschäftliche Rücksichten maßgebend gewesen, ganz à la Bismarck. Die entlassenen Arbeiter werden übrigens Herrn Evora, da er die so oft angebotene gerichtliche Untersuchung nicht anhängig macht, jetzt Gelegenheit geben, sein Beweismaterial der richterlichen Prüfung zu unterstellen; sie werden Herrn Evora wegen verleumderischer Beleidigung verklagen.

Für uns ist der Ausgang des der Arbeiterchaft aufgedrungenen Kampfes zweifellos; ob die Arbeiter wieder eingestellt werden oder nicht, Herr Evora hat die Kosten dieses Prozesses zu tragen. Der Boykott wird nicht eher aufgehoben, als bis die Arbeiter Genugthuung gefunden haben. Je länger der Boykott dauert, desto intensiver wird er durchgeführt werden. Herr Evora hat alle Einigungsversuche zurückgewiesen, er wollte den Kampf, er soll ihn haben.

**Hamburg.** Protokoll der am 11. Dezember abgehaltenen öffentlichen Versammlung der Brauer und Mälzer. Tagesordnung: 1. Erhöhung der Brausteuer. 2. Nutzen des Zentralverbandes der deutschen Brauer. Um

## Ein Gesellschaftsretter.

Zeitgemäße Geschichte von H. Otto-Walster.

11. (Nachdruck verboten.)

Und nun sage ich Ihnen, ich will lieber keinen falschen Schein auf mich laden, und wenn wirklich das Unerhörte, hm, hm wahr ist, daß man Ihnen 80 Thaler monatlich geboten, so will ich Ihnen aus allgemein menschlichen und gemeinnützigen Rücksichten 100 Thaler monatlich geben, daß nur die Stadt ihren Frieden und ihre Ordnung behält.“

„Und vor einigen Tagen“, entgegnete Friedrich Sonntag mit leicht verzeihlichem Uebermuth, „sagten Sie mir, daß ich den Frieden und die Ordnung störe, daß ich deshalb fort müsse. Und heute wollen Sie meinen Gehalt von 19 Thaler 15 Groschen auf 100 Thaler monatlich erhöhen, bloß damit ich bleibe? Unsere göttliche Weltordnung, welche Sie sich berufen fühlen, mit zu stützen, muß doch auf recht schwachen Füßen stehen, wenn Sie dieses Geschäft aufgeben. Wie würde ich, nein bedenken Sie nur, Herr Obenaus, dieser göttlichen Weltordnung, der ich schon mit 19 Thaler 15 Groschen gefährlich war, erst gefährlich werden mit 100 Thalern!“

Darauf geruhte nun freilich Herr Obenaus nicht mehr zu antworten, der Mensch kam ihm nun in der That zu überpannat und zu verkehrt vor. Deshalb ging er, ohne auch nur einen Abschiedsgruß zu äußern, weg, schwer betrübt, schwer geängert, aber auch sehr entschlossen.

Er ging direkt in die Frühstücksstube.

VIII.

Viel Mühe und Arbeit, viel Opfer und manche Lüge und Heuchelei kostet es dem Menschen, sich mit einem größeren Nimbus zu umgeben, als die natürliche Begabung mit sich bringt, und ach wie leicht wird dieses Spinnennewebe durch einen bössartigen Windstoß zerrissen, unheilbar, unwiederbringlich. Ja, und die böse Welt, die sich so gern täuschen läßt, wenn ihr die Täuschung angenehm, ist

niemals unerbittlicher, als wenn sie endlich zugeben muß, daß sie sich hat täuschen lassen.

Als er in die Frühstücksstube trat, merkte Herr Obenaus gleich, daß der Enthusiasmus, welcher vor drei Tagen in so hohem Bogen gegangen, noch immer im Niedersteigen begriffen war. Sein Eintritt machte sogar wenig Eindruck auf die bereits vollzählig versammelte Majorität. Er schrieb dies gleich auf Rechnung der Eröffnung jenes Konkurrenz-bureaus, und vielleicht war auch sein Besuch in demselben schon bekannt und falsch ausgelegt worden?

Herr Obenaus brauchte Muth, viel Muth, und darum bestellte er eine Flasche schweren Burgunder, worauf er sich an seine Umgebung mit der gewöhnlichen Frage wendete: „Nun, meine Freunde, was giebt's Neues in unserem lieben Städtchen?“

„Schlimme Nachricht, Herr Obenaus, schlimme Nachricht“, rief Einer, der sich besonders als ewig klagender Jeremias zu zeigen pflegte, „Allgemeiner Bodenkredit...“

„Schon wieder im Cours zurückgegangen?“ fragte Herr Obenaus erlebend, denn er war ziemlich tief in dem Geschäft mit verwickelt.

„Sehr gefallen, sehr gefallen, soll nahe am Krach sein.“ „Nun, nun, so schlimm wird's nicht gleich sein, wird sich schon erholen.“

„Wäre sehr zu wünschen“, brummte der Bäcker, „wir haben jaft Alle auf Ihre Empfehlung davon gekostet.“

„Sollte mich auch sehr, sehr wundern, liebe Nachbarn, ich kann sagen, ich irre mich jaft nie in Speculationen, mein ganzes Leben ist davon Zeuge.“

„Hm, hm“, knurrte der Fleischer, ein halber Oppositionsmann, namentlich seitdem Herr Obenaus sein Fleisch mehrfach getadelt, „es sieht auch anders aus, wenn man die F... er Zeitung liest.“

„Wie? was liest man in der F... er Zeitung?“ fragte Herr Obenaus äußerst erregt.

„Schlimme Geschichten, schlimme Verleumdung, fabelhafte Angriffe, Gevatter“, stöhnte der Apotheker, der treueste

Schildknappe des mit einem Male so vielfach heimgesuchten Mannes, und reichte ihm das wohlbekannte Blatt, aus dem er sonst triumphirend der hochauflorhenden Gesellschaft seine „wuchigen Schläge“ gegen die Feinde der Ordnung, der Gesellschaft und des wohlverworbenen Eigenthums mit großem Pathos vorgelesen.

Herr Obenaus fand in den Spalten der F... er Zeitung folgenden gegen ihn gerichteten Artikel:

„Zur nothgedrungenen Abwehr gegen den Gesellschaftsretter in L.“

So sehr wir es im Allgemeinen für gut und fruchtbringend ansehen, wenn jedermann, der dazu Beruf in sich fühlt, seine Ansichten über Welt, Leben und Zeit, über allgemeine Zeitströmungen und Parteiansichten und Parteistrebungen vor seinen Mitbürgern ausspricht, so sehr müssen wir es als wünschenswerth bezeichnen, daß Jedermann auch sich dabei einer gewissen Mäßigkeit befleißigt und vor allen Dingen vermeidet, Andersdenkende geradezu zu verlezen oder wohl gar in maßloser Sprache in Grund und Boden zu verdammen, um so eher wird dadurch eine Diskussion hervorgerufen, welche sich sachlich hält und dadurch möglich macht, daß schließlich das Wünschenswerthe für Alle: die Wahrheit herauspringt. Dieses Maß sollten vor allen Dingen Solche innehalten, die man nach Allem, was sie vorbringen, als Unberufene ansehen muß, denn diese versuchen vergeblich das Geichte ihrer Ansichten und den Mangel an genügender Kenntniß durch Wortschwall und Dreistigkeit ihrer unbewiesenen Behauptungen zu verdecken, wie es der Einfender verschiedener Ausfälle in diesem Blatte, Herr D. auf St. in L. gegen die Sozialdemokraten versucht hat.

Der eifrige Gesellschaftsretter in L., verfehlt zum Niemand, das Kapital als den Ausfluß von Fleiß und Sparsamkeit hinzustellen, und er hat darin auch wesentlich Recht...“

(Fortsetzung folgt.)

halb 4 Uhr eröffnete Kollege Klein die Versammlung. In's Bureau wurden Klein zum ersten und Volkart zum zweiten Vorsitzenden, Friedrich zum Schriftführer gewählt. Da der Referent zum 1. Punkt der Tagesordnung verhindert war, zu erscheinen, wurde Kollege Uppel das Wort erteilt. Redner schilberte eingehend den Nutzen und den Zweck des Verbandes. Nach seiner halbständigen Rede wurde folgende Resolution gefaßt:

„Die heute im Harmonia-Gesellschaftshaus tagende Versammlung der Brauer und Mälzer erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden, sie erklärt ferner, daß nur durch eine feste und straffe Organisation es möglich ist, unsere wirtschaftliche Lage zu verbessern und macht es sich zur Aufgabe, die der Organisation noch Fernstehenden zu derselben heranzuziehen; sie erklärt schließlich, daß, um die Arbeitslosigkeit zu vermindern, in allen Städten der Arbeitsnachweis eingeführt werden muß.“ Nach einstimmiger Annahme dieser Resolution erfolgte der Schluß der Versammlung.

**Magdeburg.** Am Sonntag, den 11. Dezember, nachmittags 4 1/2 Uhr fand hier selbst eine öffentliche Brauer- und Mälzer-Versammlung statt. Dieselbe war von Seiten der Mälzer einberufen und entstand schon bei der Wahl der Bureau's eine große Unruhe. Einige Mitglieder des Lokalvereins Magdeburg hatten sich verrecknet, wenn sie glaubten, mit der Ausrufung, „wir wollen erst sehen, wer das Wort erhält“, würden sie ihre Sache durchbringen. Ferner hatten sich zu der Versammlung einige Arbeiter anderer Berufe eingefunden, welche ebenfalls einmal hören wollten, wie sich die Brauer der Arbeiterbewegung gegenüberstellen. Auch gegen die Anwesenheit der paar Arbeiter protestierten diese standesbewußten Herren, die Majorität war aber anderer Ansicht. Kollege Wiehle aus Hannover sprach nun über die wirtschaftliche Lage der in Brauereien beschäftigten Arbeiter. Derselbe kritisierte in seinem 1 1/2 stündigen Vortrage die heutigen wirtschaftlichen Zustände in der treffendsten Weise. Die Erhöhung der Brausteuer, welche von der Regierung beantragt worden, wird, wenn sie im Reichstage zur Annahme gelangt, das Brauereigewerbe nur zum Großbetrieb machen und zahlreiche Erzeugnisse vernichten. Die Aussicht auf eine bessere Stelle, die heute noch manche Kollegen zu haben glauben, würde noch trostloser und tausende von Brauereiarbeitern auf's Pfaster geworfen. Hier machte sich die Mißwirtschaft der kapitalistischen Produktionsweise bemerkbar. Jeder solle einsehen lernen, daß dies nicht die Beste aller Welten ist, wo Millionen hungern müßten, sondern daß eine Umgestaltung angestrebt werden müsse. Pflicht der Brauereiarbeiter von Magdeburg sei es ebenfalls, sich so zu organisieren, daß sie zum Massenbewußtsein erwachen und ihr Wöhliges dazu beitragen, daß die bestehenden Verhältnisse nicht noch schlechter werden, als sie ohnehin schon sind. Mit einem Appell an die zahlreichen Anwesenden, nicht durch Gleichgültigkeit die Interessen ihrer Mitmenschen mit Füßen zu treten, schloß der Redner seine mit Beifall aufgenommenen Ausführungen. Hierauf eruchte Kollege Schmidt dieselben zu widerlegen, obwohl er zugeben mußte, daß ein großer Theil auf Wahrheit beruhe. Wiehle verweist hierauf nochmals auf sein statistisches Material und geißelte die Harmonie zwischen Kapital und Arbeit, welche sich bei der Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften und bei Einführung der Arbeitsordnungen in wahren Lichte gezeigt hätte. Es sprachen noch mehrere Anwesende für und gegen. Ein Herr Reip, Brauer, erklärte, daß im Verbandsverbande überhaupt keine gelehrten Brauer seien. Kollege Schmidt hatte sich anerkannter Weise sehr der Sachlichkeit befleißigt, aber dieser Herr Reip sprach in einem solch erhabenen Tone, der uns wirklich darüber belehrte, daß Standesbewußtsein und Bildung nicht beisammen sind. Mit Majorität wurde denn eine Resolution, welche sich mit dem Vortrage einverstanden erklärt und durch die sich die Anwesenden verpflichten, dem Zentralverband deutscher Mälzer, sowie dem der Brauer, soweit sie diesen Organisationen noch nicht angehören, beizutreten. Unter großem Tumult wurde hierauf die Versammlung geschlossen.

### Quittung.

Vom Brauereiarbeiter-Verband der Vereinigten Staaten von Nordamerika gingen noch ein 103 Mark 8 Pfennig zur Unterstützung der Ausgesperrten. In nächster Nummer werden wir die der Zeitung des Verbandes zugesandte Abrechnung veröffentlichen. Hannover. H. Wiehle.

### Eingekandt.

Aus Dresden erhalten wir folgenden Brief: „Es wird jedenfalls für Dich von Interesse sein, wenn Du darüber Aufschluß erhältst, von welcher trauriger Beschaffenheit der hiesige Lokal-Verein ist. Daß Pennedorf und Konsorten von jeher bestrebt waren, durch den Verein nur für das Kapital zu wirken, wird Dir wohl bekannt sein, und wie gut sie ihre Aufgabe verstanden haben, beweisen die jetzigen Zustände. Von der Wertlosigkeit des Vereins überzeugt, hatten wir hiesigen Kollegen fast sämtlicher Brauereien, besonders Rejewitz und Gambrius, uns verständigt und beschloßen, einen neuen Verein zu gründen, der unseren Wünschen mehr entsprach und sich dem Zentralverbande anschloß. Der neue Verein sollte aus dem alten entstehen und so hatten wir die Absicht, stillschweigend diesem beizutreten, um später durch Neuwahl eines Vorstandes unsere Zwecke zu erreichen; der Beitritt sollte bei nächster Monatsversammlung stattfinden. All dies hatten wir bei mehreren Zusammenkünften zur Genüge besprochen. Sedenfalls muß dies alles verrathen worden sein, denn unser Vorhaben sollte schmachlich vereitelt werden. Vergangenen Sonnabend fand die erwartete Versammlung statt, welche auch sehr stark besucht war; doch schon bei unserem Eintritte tönten uns die versteckten Rufe entgegen: „Jetzt kommen die Nothen.“ Stillschweigend

setzten wir uns daraufhin zusammen und warteten des Kommenden. Mit Aufnahme von Mitgliedern sollte begonnen werden, vorher jedoch forderte der Vorsitzende Sommerseh die Mitglieder auf, abzusprechen, ob Mitglieder vom Hannoverischen Verein aufgenommen werden sollen oder nicht. In längerer Rede hatte er schon auseinandergesetzt, welche verwerfliche Richtung der oben erwähnte Verein hätte, und welche schädlichen Einfluß etwa diesem angehörige Mitglieder auf das Vereinsleben ausüben könnten; überhaupt sähe er sich genötigt, die Zeitung niederzulegen, sobald der Verein irgend welchen politischen Zweck verfolgte. — Da der Verein nach und nach schon so schwach geworden ist, daß er nur äußerst wenig Mitglieder zählt, so war der Erfolg für die Absicht des Vorstandes gesichert, und mit Stenorstimme verkündete der Vorsitzende, daß Mitglieder des Hannoverischen Vereins nicht aufgenommen werden. Dadurch und auch durch einige abfällige Ausrufungen über die Brauer der Brauerei Rejewitz und Gambrius bewogen, meldete sich niemand zur Aufnahme. Als gegen Ende der Versammlung nicht mehr zu verbleibende Andeutungen über unser so unerwartetes Verhalten gemacht wurden, bat ein Kollege um das Wort und setzte in längerer Rede auseinander, wie zwecklos bei den jetzigen Verhältnissen ein solcher Lokal-Verein, unter Hinderung auf den Hannoverischen, wäre. Als er dann auf die finanzielle Lage der Brauer zu sprechen kam, stand Kollege Anders vom Waldschlößchen ganz entrüstet auf und beantragte, daß dem Sprecher das Wort entzogen würde, welcher Aufforderung der Vorsitzende auch bereitwillig Folge leistete. Hierauf wurde noch eine kleine, mehr persönliche Streitfrage erörtert, wobei ein erbitterter Kollege die Ausrufung machte, der alte Vorstand Pennedorf, Philipp und Roschlan, welche sich so großes Verdienst um unser Wohl erworben hätten, verdienten alle drei zusammen (den Schluß dieses Satzes sah jeder Leser nach Ermeßen vervollständigen D. R.). Nach diesen inhaltsschweren Worten löste sich die Versammlung bald in Wohlgefallen auf. H. R.“

### An alle Arbeiterorganisationen Deutschlands.

Werthe Genossen! In allen von uns ausgegebenen Flugschriften haben wir Euch von der fortschreitenden Wirksamkeit der Arbeiter-Kontrollmarke, von den Erfolgen, welche wir durch Anwendung dieses Kampfmittels zu verzeichnen hatten, Kenntniß gegeben. Wir hielten uns dazu verpflichtet, weil ja diese Erfolge nur mit Eurer Hilfe möglich waren, und weil wir zugleich mit dem Hinweis auf sie um Eure fernere Unterstützung zu bitten hatten. Die Arbeiter-Kontrollmarke als gewerkschaftliches Kampfmittel verdient nun insoweit eine erhöhte Beachtung, als der letzten geschlossenen Parteitag durch Annahme der Resolution Auer ganz bestimmte Voraussetzungen an die Benutzung dieses Kampfmittels geknüpft hat. Die Resolution Auer lautet: „Die Kontroll- oder Schutzmarke hat den Zweck, dem Käufer eine Waare zu zeigen, bei deren Herstellung die jeweiligen Forderungen der betreffenden Gewerkschaftsorganisation in Bezug auf Lohnhöhe und Arbeitsbedingungen erfüllt waren, dabei ist es völlig gleichgültig, ob diese Waaren von einer Arbeitergenossenschaft oder von einem Privatunternehmer hergestellt werden. Nur in diesem Sinne, als eine der Waffen im gewerkschaftlichen Kampfe, kann die Kontroll- oder Schutzmarke die Unterstützung der Parteigenossen beanspruchen. Da sie zur Erreichung ihres Zweckes aber, wie der Boykott, die Theilnahme und Sympathie der breiten Massen voraussetzt, so kann sie nur bei Artikeln in Frage kommen, die hauptsächlich von der Arbeiterklasse konsumiert werden. Die Parteigenossen haben gegen die Kontrollmarke sich in allen Fällen zu erklären, wo ihrer Einführung der Gedanke zu Grunde liegt, mittels derselben den gewerkschaftlichen Kampf überflüssig zu machen oder wo sie als direktes Zwangsmittel dazu dienen soll, jungen oder schwachen Organisationen Mitglieder zuzuführen oder zu erhalten. Diese Verwendung der Kontrollmarke zu einer Art Prämie führt nur zur politischen Heuchelei um augenblicklicher Vortheile willen, zur moralischen und materiellen Vergewaltigung einzelner und schließlich zur völligen Demoralisation und Auflösung der gesamten Organisation.“

Diese für den Gebrauch der Kontrollmarke festgestellten Bedingungen treffen für unsere Gewerkschaft allenthalben zu, wie ja der Referent, Genosse Auer, in seinem Referate besonders erwähnte. Wir sind daher der Ueberzeugung, daß die Genossen allerorts in Verfolg des von dem Parteitag gefaßten Beschlusses uns in der Anwendung des erwähnten Kampfmittels wie bisher auf's thätigste unterstützen werden, und zwar dadurch, daß sie nur noch Hülfe mit der von uns ausgegebenen Kontrollmarke kaufen, beim Kaufen stets nach der Marke fragen, und sich jedesmal überzeugen, daß die Marke schon vorher fest im Gutleber klebt. Wir bemerken noch ausdrücklich, daß die Waare durch die Marke durchaus nicht verteuert wird; wo dies dennoch den Anschein haben sollte, ist sie auch in qualitativer Hinsicht besser als andere Waare. Berlin NO., den 26. November 1892. Die Arbeiter-Kontrollkommission Deutscher Hutmacher. F. A.: Carl Kempe, NO., Weinstr. 12.

### Vermischte Nachrichten.

Die Generalkommission theilt uns mit: Die Steinhauer der Firma H. Berger in Bremen haben am 8. d. Mts. fröhlich die Arbeit wegen Lohnreduzierung niedergelegt. Die Ausstehenden bitten um Fernhalten des Zugages. Adresse für Zuschriften ist: Arnold, Steinhäuserstraße 23 II, Bremen. Die neue Steuervorlage. Am Mittwoch voriger Woche wurden den Reichstagsmitgliedern die Gesetzentwürfe vorgelegt, die sich auf die neuen Steuern beziehen. Die Militärvorlage braucht zu ihrer Deckung nicht unbedeutende Geldmittel; als fortdauernde jährliche Ausgabe sind 64 Millionen Mark gefordert, von denen 56,4 Millionen Mark

sofort bewilligt, der Rest von 7,6 Millionen Mark auf spätere Jahrgänge vertheilt werden soll. Die einmaligen Ausgaben sind auf 67,8 Millionen Mark geschätzt, von denen 6 Millionen später, 61,8 Millionen sofort in Rechnung gestellt werden.

Die Steuervorlage bildet also die notwendige Ergänzung zur Militärvorlage; wenn die letztere angenommen wird, dann muß auch die erstere angenommen werden.

Die deutschen Staatsbürger und besonders die Arbeiterschaft erhält dann zu den bestehenden Lasten, die sie tragen muß, noch ein neues Bündel aufgeladen.

Zunächst soll die Brausteuer erhöht werden und zwar um das Doppelte. Die Vorlage weist darauf hin, daß Norddeutschland eine sehr geringe Biersteuer habe in Vergleich mit dem Süden und daß dort trotzdem mehr Bier getrunken werde. In Bayern beträgt die Biersteuer auf den Kopf der Bevölkerung 5,53 Mark, in Württemberg 4,25 Mark und in Baden 3,34 Mark, während im norddeutschen Brausteuergebiet nur 0,79 Mark erhoben werden. Die Verdoppelung der Steuer würde, wie die Vorlage sagt, das Liter Bier mit 1/10 Pfennig mehr belasten, das Seidel von 4 Deciliter also um etwa 1/10 Pfennig. Ein Preisaufschlag des Bieres wäre demnach ungerechtfertigt; am Ausschank würde mehr als genug verdient und dieser wie die Brauereien könnten die neue Steuer tragen, nicht aber das Publikum.

Diese Begründung ist außerordentlich hinfällig; allerdings ist es richtig, daß in Süddeutschland beim Ausschank des Bieres weniger verdient wird als im Norden, das für sich aber auch erstens die Gaststuben im Süden weit anpruchsvoller und billiger eingerichtet, zweitens verdient der Gastwirth mehr, weil eben im Süden weit mehr getrunken wird. In der norddeutschen Brausteuergemeinschaft kamen 1890/91 auf den Kopf der Bevölkerung: 87,8 Liter, in Bayern 221,2 Liter, Württemberg 173 Liter, Baden 103,2 Liter, Elsaß-Lothringen 63,7 Liter. Die Biersteuer wird von den Brauereien abgewälzt werden; der freisinnige Brauereidirektor und Reichstagsabgeordneter Goldschmidt hat bereits in einer Broschüre darauf hingewiesen, daß die Brauereien die 32 Millionen Mark, welche sie an Steuern mehr zahlen sollen, nicht zahlen können, ohne ihre Dividende von 5 1/2 Prozent auf 1 1/2 Prozent zu kürzen! Wer wird einem Aktionär zumuthen, daß er mit 1 1/2 Proz. Dividende zufrieden ist? Weit eher muthet man dem Arbeiter zu, für sein Glas Bier mehr zu bezahlen, indem man die Gläser kleiner resp. die „Leiste“ höher machen wird.

In erster Linie werden die Arbeiter von dieser Steuererhöhung getroffen werden, die Arbeiter im Allgemeinen und die Brauereiarbeiter im Besondern. Schon klagte auf einer Versammlung der Brauereibesitzer, die am 3. d. M. gegen die Brausteuererhöhung protestirten, ein Redner darüber, daß im Norden die Arbeitslöhne höher wären wie im Süden! Ein Wink für die Brauerorganisation! Auch für sie stehen Kämpfe bevor durch die neue Steuererhöhung! Der Stärkere wird die Last auf den Schwächeren abwälzen versuchen — und die Schwächeren sind die Brauereiarbeiter, falls sie nicht ihre treffliche Organisation weiter ausbauen und kräftigen! Von einem Verbot der Surrogate (Weiß, Mais, Kartoffelstärke, Syrup) schweigt die Vorlage, dagegen erhöht sie die Surrogatsteuer ganz beträchtlich.

Die zweite Blume im Steuerbouquet ist die Brauntweinsteuer.

Bekanntlich hieß es Anfangs, die Regierung wolle die Liebesgabe, das 40 Millionen-Geschenk, an die Brenner kürzen!

Sie hat es nicht gethan; sie hat es vorgezogen, der Armut, d. i. den Brauntweintrinkern, noch 10 Millionen höhere Steuern aufzuhalsen!

Bekanntlich wird bisher der Brauntwein mit 70 Mk. per Hektoliter reinen Alkohol von 100 Grad besteuert; die gesammten deutschen Brennereien haben aber das Privileg, 2 Millionen Hektoliter nur mit 50 Mk. zu versteuern, so daß sie 40 Millionen Mk. an diesem Unterschied der Steuer verdienen. Diese 40 Millionen Mk. kommen aber keineswegs den gesammten deutschen Brennereien zu gute sondern von den 60000, die vorhanden sind, erhalten 4000 gegen 39 Millionen Mk., und der Rest von 56000 Brennereien 1 Million Mk. Von den 4000 sind wieder einige hundert, die im Besitz reicher Leute sich befinden und reiche Beute machen, so daß jeder 200 000, 120 000, und 100 000 Mark erhält, die Masse aber nur kleine Beträge.

Diese 40 Millionen, welche also im wesentlichen den Besitzern großer Brennereien zu Gute kommen, den Junkern und Großkauleuten, sollten nun verkürzt werden, indem die ermäßigte Steuer 55 Mk. per Hektoliter beträgt; es würde dann immer noch eine Liebesgabe von 30 Mill. Mk. übrig geblieben sein. Da aber erhob der frisch gebadete Junker von Freese seine Stimme im Reichstage und erklärte, daß er sammt seinen konservativen Leuten so etwas nicht dulden würde.

Und siehe da — die Regierung gab nach! Sie hat zwar den niedrigen Steuerfuß auf 55 Mk. gebracht, dafür aber den vollen Steuerfuß auf 75 Mk., so daß die Schnapsbarone ihre 40 Millionen Mk. ungeschmälert erhalten!

Ein Kongreß der Maschinisten und Heizer Deutschlands tagte in Berlin am 20. und 21. November zum Zweck der Gründung eines Verbandes. Vertreten waren die Orte Altona, Berlin, Bremen, Bremerhaven, Charlottenburg, Chemnitz, Erfurt, Halle, Hamburg, Hannover, Köpenick, Leipzig, Spremberg und Wegeßack. Sämmtliche Delegirte waren einig darin, daß der zu gründende Verband auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung zu stehen habe. Das von dieser Ansicht getragene Statut, welches in seinem ersten Paragraphen besagt, daß der Verband die Hebung des Maschinisten- und Heizerverbandes mit allen ihm zu Gebote stehenden gesetzlichen Mitteln bezweckt, wurde denn auch von dem Kongreß einstimmig angenommen, worauf sich der

Verband folgendermaßen konstituierte: Zum Vorsitzenden wurden R. Kirchnick gewählt, zu dessen Stellvertreter S. Holz, zum Schriftführer W. Wagner, zum Kassierer R. Schulz. Ferner wurden Pacht-Halle und D. Wille-Charlottenburg zu Beisitzern gewählt. Mit einem Hoch auf das gute Gedeihen des Verbandes wurde der Kongress am 22. November, Morgens 3 Uhr, geschlossen.

**Ein Kongress der Schlachtergesellen Deutschlands** beruht ein von Berlin ausgehender Aufruf auf Januar 1893 nach Berlin ein, um die Organisation der Arbeiter dieses Berufes zu fördern. Die bezüglichen Briefe sind an Theodor Kreszlinka, Berlin, Plan-Ufer 40, zu adressieren.

**Der Zentralvorstand der Vereinigung der Drechsler und Berufsgehilfen Deutschlands** hat bei dem mit der Einberufung des Holzarbeiter-Kongresses beauftragten Vorstand des Tischlerverbandes beantragt, Ort und Zeit des Kongresses baldigst bestimmen zu lassen, und zugleich als Ort der Tagung des Kongresses Hannover und als Zeitpunkt des Zusammentritts Ostern 1893 in Vorschlag gebracht. Bekanntlich sollen zusammenhängend mit dem Holzarbeiterkongress die Generalversammlungen sämtlicher Holzarbeiter-Zentralorganisationen stattfinden.

**Die Zentralkommission der Mannheimer Gewerkschaften** hat eine Kommission eingesezt, welche die Aufgabe hat, Beschwerden über Fabriken entgegenzunehmen und nach gründlicher Prüfung dem Fabrikinspektor zu übermitteln, ohne daß der Name des Beschwerdeführers dabei genannt wird. Das badische Fabrik-Inspektorat hat sich bereit erklärt, mit dieser Beschwerdekommision in Verkehr zu treten und die ihm gemachten Mittheilungen aufmerksam zu prüfen.

**Eine sozialistische Coöperativ-Brauerei** ist in Wasmes, im belgischen Hennegou gegründet worden und soll, den Angaben des Arbeiterblattes „Peuple“ zufolge, ausgezeichnete Geschäfte machen. Es wurden Aktien zu je 60 Franks verausgabt. Für das verfloßene Jahr erhält jeder Arbeiter, welcher 10 Tonnen Bier verbraucht hat, eine Dividende von 40,97 Franks auf eine Aktie von 60 Franks, ein Gastwirth, welcher 25 Tonnen bezogen hat, aber 93,47 Franks Dividende auf eine Aktie von 60 Franks.

Die Erhöhung der Biersteuer wird zur Folge haben, daß die Brauwirtschaft immer mehr in Deutschland um sich greift. Darüber werden sich freilich die hochgehorenen Schnapsbrenner nicht ärgern; sie klagen ja sehr, daß der Verbrauch von Spiritus zurückginge und sie schon deswegen auf die Liebesgabe von 40 Millionen nicht Verzicht leisten könnten. Die Volkswohlfahrt wird aber durch eine Erhöhung der Brausteuer nicht gefördert; im Gegentheil, sie wird ganz gewaltig geschädigt, denn durch die Erhöhung der Steuer muß das Bier theurer oder schlechter werden und dann wird der Schnaps noch mehr Verbreitung erhalten als er ohnedies besitzt. Ein klassischer Zeuge in Bezug auf die Bedeutung, welche das Bier in dem Kampfe gegen den Branntwein hat, ist der Geh. Rath Dr. Baer. Er schreibt in seinem vor zwei Jahren erschienenen Werke: „Die Trunksucht und ihre Abwehr“ Folgendes:

„Wie der Wein, zeigt sich das Bier als der größte Feind des Branntweins. Will der Staat die Brauwirtschaft vermindern, so muß er die Bierproduktion begünstigen und die Bierkonsumtion auf jede Weise fördern. Jede Erhöhung der Biersteuer ist ganz zweifellos eine unmittelbare Begünstigung des Branntweingenuß.“

In den Annalen der königlichen Charitee in Berlin führt Professor Dr. Siemerling aus, daß fast sämtliche in die Charitee eingelieferten Trunksüchtigen, Deliranten, Epileptischen oder Geisteskranken Schnapsstrinker sind. Von den in den drei Jahren von 1888 bis 1890 eingelieferten 2260 Alkoholisten befanden sich nur 5, deren moralische und physische Erkrankung ihre Ursache nicht im Schnapsgeuß hatte. Von diesen 2260 Personen waren 859 Handwerker, 700 Arbeiter, 236 sonstige Gewerbetreibende, 227 Bediente, 89 Kaufleute, 45 Beamte, 9 Soldaten und 8 Landwirthe. Wie man sieht, sind diese Unglücklichen zum überwiegenden Theile Leute aus der arbeitenden Klasse, die nicht die Mittel besitzen, ein besseres Getränk als Schnaps zu genießen.

Neuerdings glaubt Professor Siemerling eine Abnahme des Alkoholismus in Berlin beobachtet zu haben. Wie die „Voss. Ztg.“ berichtet, hat er bei jedem der in die Irrenklinik der Charitee neu aufgenommenen Trinker bemerkt, daß wie viele Mal dieser in die Krankenpflege der Klinik kam. Dabei hat sich herausgestellt, daß die Zahl derjenigen, die zum ersten Male wegen Trunksucht der Charitee zugeführt wurden, stetig von Jahr zu Jahr herabgegangen ist. Geringer sind nicht selten alte Trinker immer wiederkehrende Gäste der Klinik. So ist einer in sieben Jahren 17 Mal dort untergebracht gewesen, zwei andere in drei Jahren 14 Mal, einer in elf Jahren 15 Mal. Von ganz besonderem Interesse ist gegenwärtig, wo eine Erhöhung der Bier- und Branntweinsteuer in Frage steht, eine Aeußerung Siemerlings über den Gegensatz, der zwischen der schädlichen Wirkung von Bier und Branntwein in übermäßigen Mengen besteht. „Alle diese Trinker“, schreibt Siemerling, „sind Schnapsstrinker; die wenigen Bier- und Weintrinker erscheinen als ganz vereinzelte Ausnahmen und erklären sich aus dem Berufe der Betroffenen (herrschafeliche Diener, Kellner, Weinreisende).“

Wenn vielleicht auch in Berlin der Verbrauch an Schnaps abgenommen hat, so ist doch in den Provinzen davon nichts zu spüren, im Gegentheil, die Vertheuerung der Lebensmittel hat den Schnapskonsum gesteigert.

**Bekanntmachungen.**

Es wird gebeten, unverzüglich die Sammellisten, welche zur Deckung des Defizits vom Streik in Nürnberg ausgegeben sind, nebst den gezeichneten Beträgen, an den Unterzeichneten einzusenden.

N. Wiehle.

Es werden hiermit nochmals die Mitglieder und Zweigvereine gebeten, unverzüglich den statutarischen Verpflichtungen nachzukommen, widrigenfalls die Zusendung der Zeitung vom 1. Januar unterbleiben muß.

Der Hauptkassirer

N. Wiehle.

Alle Kollegen, welche Fragebogen zur statistischen Erhebung zugeandt erhalten haben, werden höflichst, aber dringend gebeten, dieselben ausfüllen und einsenden zu wollen. Die Vorstände der Zweigvereine und Zahlstellen werden ebenfalls erjucht, darauf zu dringen, daß die Kollegen nach dieser Richtung ihrer Aufgabe gerecht werden.

N. Wiehle.

**Bücherschau.**

Die Lebenshaltung der deutschen Arbeiter, ihre Ernährung und Wohnnung, Einkommen, indirekte Besteuerung, Krankheit und Sterblichkeit. Nebst einem Anhang: Die Zusammenfassung der Nahrungsmittel. Von Emanuel Wurm, Verlag von R. Schönbach.

Dresden. Zum ersten Mal wird hier eine übersichtliche Zusammenstellung statistischer Erhebungen gegeben, die den Zusammenhang zwischen den wirtschaftlichen und gesundheitlichen Verhältnissen der Volksmassen klarlegen und zeigen, in welcher Weise die Lebenskraft des Volks abhängig ist von seinem Einkommen. Der Verbrauch an Nahrungs- und Genussmitteln, die Höhe des zu einer normalen Lebenshaltung erforderlichen Einkommens und die Beschaffenheit der Wohnungen wie Arbeitsräume sind einer eingehenden durch zahlreiche statistische Belege begründeten Beurtheilung unterzogen, während gleichzeitig Anleitungen gegeben werden, wie die so notwendigen Umfragen auf diesem Gebiete einheitlich und entsprechend gestaltet werden können. Zu diesem Zweck hat der Verfasser Formulare für Fragebogen entworfen, deren Benutzung besonders den Gewerkschaften dringend zu empfehlen ist. Der Zusammenhang zwischen Armuth und Krankheit, Nothstand und Epidemien wird ziffernmäßig nachgewiesen und auch gezeigt, wie unzureichend die vorhandenen gesetzlichen Bestimmungen über Beschaffenheit der Wohnungen und Arbeitsräume sind. Der Widerspruch zwischen der Ernährung des Volkes und dem wissenschaftlich festgestellten Nahrungsbedarf desselben wird an der Hand zahlreicher Haushaltungsbudgets wie der Einkommensverhältnisse der Arbeiter bewiesen, andererseits aber auch ziffernmäßig klargestellt, welche schwere Lasten gerade den Arbeitern durch die indirekten Steuern aufgebürdet sind; auch die chemisch-physiologischen Fragen der Ernährung sind eingehend behandelt. Der Preis der 9 Bogen starken, mit gutem Papier und Umschlag ausgestatteten Broschüre ist 60 Pf.

**Briefkasten.**

Mehrere Vorschläge der Nationalbrauerei Braunschweig. Anonyme Schreiben können keine Berücksichtigung finden, ich kann infolgedessen den Bericht nicht eher aufnehmen, bis mir die Namen bekannt sind. So ganz Unrecht hatte ich an der Hand nichts ist nicht gekommen. Laßt Euch nur nicht von Augenblicke-Erfolgen täuschen. Man darf sich nicht zu sehr einwiegen, man wird sonst oft aus den schönsten Träumen herausgerissen. Gruß. W. Sprenger, Frankfurt a. M. Gewiß muß für Dezember etwas drabht werden und zwar 50 Pfg.

H., Rotenburg a. F. Bontz wohnt Grasweg 22.

Herzlichen Gruß.

H. St. F., Dresden. Die Angst vor dem rothen Gespenst ist groß, werden nämlich auch dort eine Versammlung abhalten, damit es auch dort wieder besser wird. Herzlichen Gruß.

Von den Gauvereinen empfohlene

**Brauerverkehr:**

- Braunschweig: Gasthaus „Bayrischer Hof“, Ch. Overling, Deschlagern 40.
- Dessau: Gasthaus zur Stadt Braunschweig, C. Schmidt, Leipzigerstraße 24 b.
- Dortmund: J. Krebel, Hauptbrauerverkehr, Stübengasse.
- Dortmund: H. Steinbach, Kampstraße 1.
- Frankfurt a. M.: Gasthaus zur Krone, H. Wittich, Papageistr. 2.
- Hannover: Stadt Frankfurt.
- Hannover: Gasthaus zum neuen Kleeblatt, Knochenhauerstraße 5. (Inhaber: L. Tatie.)
- Hamburg: Paul Meyer, Niedernstraße 96, in der Nähe sämtlicher Bahnhöfe.
- Hamburg: Vom Gauverein Hamburg wird der Brauer-Verkehr, Harmonia-Gesellschaftshaus, Hohe Bleichen 30, den Kollegen bestens empfohlen.
- Kiel: Gasthaus Franzen, Steinberg.
- Leipzig: Hermann Gurach, Windmühlensstraße 40.
- Mannheim-Ludwigsbafen: Gasthaus zum halben Mond, Jakob Heilacker.
- Meißen: Haupt-Brauer und Küfer-Verkehr, Gasthaus „Zur Linde“, Große Saalstradenstraße 4.
- München: Hauptverkehr der Brauer Münchens im Gasthaus zur „Arche Noah“ von Joseph Held, Knöbelstraße 6.
- Mülheim a. Rh. Brauer- und Küferverkehr von Heint. Müller.
- Nürnberg: Brauer-Verkehr des Nürnberger Brauer-Vereins Weiger Elephant, Jakobstraße.
- Stuttgart: J. Jauf, Tivolihalle, Eßlingerstraße 15 und Jörger, Gasthaus zum Döfen, Hauptstädterstraße.

**Inferate.**

Es schadet sich der Kollege **Franz Emberger** aus Ehemried (Bayern), im Sommer in Tettau, Brauerei „Waldschlößchen“, thätig gewesen? H. Dohm, Städtische Brauerei, Hannover.

Es leiden sich die Kollegen **Lud. Weber** aus Welschingen in Baden, und **Schott** aus Sachien, bis zum August d. J. auf der „Löwenbrauerei“ in Hamburg? Nachricht an die Expedition dieser Zeitung erbeten.

**Bienenhonig!**

**Katarrh! 1892er Ernte!**  
9 Pfund netto, postfrei:  
Schwarzhonig, hell, hart 4,50 Mk.  
Flumenhonig, orange 4,75 „  
Fels Honig 5, „  
Heller Bienenhonig 5, „

**R. H. Nürnberg, Buczacz, Oesterreich.**  
**Eisjellen**  
Liefert in gediegener Arbeit billigst  
**F. A. Neuman,**  
Nachen.

**Todes-Anzeige.**

Sonnabend, den 10. d. Mts., Mittags 1 Uhr, wurde unser Mitglied

**Rudolph Gaertel**

(gen. „Hering's August“), welcher am 27. Februar 1830 geboren ist, mit Jahre und Auaft unseres Vereins beerdigt. Wir rufen ihm ein „Ruhe sanft!“ nach. Der verstorbene alte Kollege wurde beim Abpringen von der Pferdebahn von einem Wagen überfahren und kurz im städtischen Krankenhaus am Friedrichshain. Zur Feststellung der Todesursache wurde die Leiche zur Obduktion erst nach dem Leichenhause überführt, von wo aus die Beerdigung stattfand. Alle Bekannten mögen ihm ein gutes Andenken bewahren!

Der Vorstand  
des Zweigvereins der Provinz Brandenburg,  
Sitz Berlin.

**Zahlstelle Dortmund.**

Die Einzahlung der Monatsbeiträge erfolgt jeden ersten Sonntag im Monat bei **Wutke**. Die Mitglieder werden hiermit aufgefordert, möglichst zahlreich zu erscheinen.  
Der Vertrauensmann: **H. Wutke**.

**Georg Gehrig,**  
Frankfurt a. M. - Sachjenhausen,  
Wallstraße Nr. 10,  
liefert in sämtliche Brauerien des In- und Auslandes, wie bekannt, nur die besten **Schafwoll-Gardistria-Zoden**, sowie die berühmten **hanerhaften Unterhosen, Schweißjacken, Normal-Unterkleider, prima gestricke Jagdwesten, Arbeits- und Oberhemden, Kragen und Manschetten** u.  
**Selbstanfertigen von Arbeitskleidern aus wasserdichtem Segeltuch.**  
Bei größeren Aufträgen Extra-Rabatt.

Fordere alle diejenigen Kollegen, die noch Verpflichtungen gegen mich haben, auf, denselben so bald wie möglich nachzukommen, andernfalls ich dieselben in Brauerzeitungen veröffentlichen werde.

Leipzig. **Central-Brauer-Verkehr,**  
L. Werner, Münggasse 6.

**Geschäfts-Empfehlung.**

Meinen werthen Kollegen erlaube ich mir hiermit die Anzeige zu machen, daß ich am hiesigen Plage eine

**Speise-Wirthschaft**

errichtet habe. Um geneigten Zuspruch bittend, zeichnet mit kollegialischem Grusse

**A. Donaubaauer**  
Hamburg,  
Schlächterstraße Nr. 32.

**Wurst-Versand**

in Postfätschen per Nachnahme oder gegen vorherige Einzahlung des Betrages 2 1/2 %.

Servelatwurst 1/2 Kilo	1,20 Mk.
Salamiwurst 1/2 "	1,20 "
Schladwurst 1/2 "	1,00 "
Rothwurst 1/2 "	1,00 "
Leberwurst 1/2 "	1,00 "
Silke 1/2 "	1,00 "

Unter gelegentlicher Freilich- und Frischfleischhandlung.  
**F. W. Lindner**  
Eisenberg i. Thüringen,  
Gerackerstraße.

**Joh. Dohm, Kiel,**

Winterbeckerstraße Nr. 12.  
Empfehle mich den Herren Brauereibei vorkommendem Bedarf an  
**Mainzer Wäsche**  
und  
**Galanteriewaaren.**

**Herren-Garderobe**

jeder Art fertigt sauber und preiswerth unter Garantie des guten Eigens an  
**Oskar Lange,**  
Kleidermacher,  
Hannover,  
Gainsbölzerstraße 56, I.

**Schönschreiben**

schlechte Schrift wird in 2-3 Wochen l. Buch. Angabe schwingvoll u. schön. l. Buch. 50 Pf. (Dontsch. Lat. Sande) haltung. Prospect. Robr. Gander in Stuttgart. Preis 2 Pf. Institut für besell. Unterrichts.